

Anlieger sollen an einem Strang ziehen

HASSLOCH: Die Ausweisung der südlichen Ortshälfte als Überschwemmungsgebiet im Falle eines Jahrhunderthochwassers hatte seit November 2011 hohe Wogen geschlagen. Seit März 2012 ist klar, dass die Daten der zugrundeliegenden Timis-Studie überprüft werden sollen. Nächster Schritt ist die Gründung einer Hochwasserpartnerschaft mit möglichst allen Anliegergemeinden an Reh- und Speyerbach.

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd (SGD), Kreis Bad Dürkheim, Gemeinde Haßloch und Umweltministerium hatten, wie berichtet, Anfang März bei diesem Thema „zurückgerudert“. Die geplante Änderung der Rechtsverordnung zur Ausweisung des Überschwemmungsgebietes von Speyerbach und Rehbach aufgrund der Ergebnisse der Timis-Studie hatte sowohl im Vorfeld als auch bei der Informationsveranstaltung mit der Struktur- und Genehmigungsbehörde Süd (SGD) am 13. Februar zu heftigen Diskussionen und massiven Protesten aus der Bevölkerung geführt. Zahlreiche Bürger hatten dazu schriftlich Stellung bezogen. Bei einem Treffen von Ministerium, SGD, Kreis und Gemeinde war am 8. März die weitere Vorgehensweise beschlossen worden. Demnach sollen die Ergebnisse der Timis-Studie von 2005/06 vollständig überprüft werden. Bis dies abgeschlossen ist, soll sich an der bisherigen Rechtslage nichts ändern: Baugenehmigungen werden also weiterhin erteilt.

Am 14. Juni ist die Gründung der Hochwasserpartnerschaft Mittlere Vorderpfalz geplant.

Laut dem Ersten Beigeordneten Lothar Lorch (CDU) gibt es bisher keine weiteren Reaktionen aus Mainz. Allerdings müsse die SGD die am 8. März beschlossenen Vorgaben umsetzen. Hier wollen die Vertreter der Gemeindeverwaltung nochmals ein Gespräch mit Hans-Jürgen Seimetz, dem Präsidenten der SGD Süd, und allen weiteren Beteiligten. Bisher seien die geplante Rehbachsanierung, die Arbeit des Gewässerzweckverbandes und die Ausweisung des Überschwemmungsgebietes isoliert voneinander betrachtet worden, sagte Lorch im Gespräch mit der RHEINPFALZ. Der Beigeordnete: „Jetzt soll

im Gespräch mit allen Betroffenen nach Lösungsansätzen gesucht werden.“ SGD, Kreisverwaltung, Gemeinde und Gewässerzweckverband sollen – unter Einbeziehung der Bürger – ein Gesamtkonzept entwickeln, das alle Aspekte des Themas berücksichtigen soll.

Auf Anfrage der RHEINPFALZ erläuterte die Pressesprecherin Ulrike Schneider die Vorgehensweise der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd. Zunächst werde die Überprüfung der Daten der Timis-Studie anlaufen, deren Ergebnisse von vielen Seiten – nicht zuletzt von vielen betroffenen Bürgern – bezweifelt worden waren. Dazu sollen ergänzende Vermessungen durchgeführt werden. Danach folgen die Neuberechnungen der betroffenen Flächen.

In einem weiteren Schritt soll die „Hochwasserpartnerschaft Mittlere Vorderpfalz“ (siehe „Zur Sache“) gegründet werden, mit der eine effiziente Zusammenarbeit und Solidarität der Ober- und Unterlieger beim Thema Hochwasserschutz ermöglicht werden soll. Dazu sollen Vertreter der Anliegergemeinden des Reh- und Speyerbachs eingeladen werden. Das Treffen ist für den 14. Juni geplant. Die SGD sei hier in beratender Funktion tätig. Die Mitglieder der künftigen „Hochwasserpartnerschaft“ sollen dann gemeinsam ihre Vorgehensweise festlegen und im Anschluss ein Konzept entwickeln, wie der Hochwasserschutz auszusehen hat. Das Umweltministerium unterstütze diese Vorgehensweise, sagte die Sprecherin.

Die Prüfung der in jüngster Zeit diskutierten Alternativen, über die wir berichtet haben – eine mögliche Ableitung des Hochwassers in den Wald, die Reaktivierung des vorhandenen Grabensystems oder die Verlegung des Rehbachs im Zuge der geplanten Dammsanierung – liege in der Verantwortung der Gemeinde Haßloch. (uhk)



Auch die geplante Sanierung der Rehbachufer soll in ein Hochwasserschutz-Konzept einfließen. FOTO: LM

Zur Sache: Hochwasserpartnerschaft

Hochwasserpartnerschaften sind freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden, Städten und Landkreisen, die an einem Gewässer mit bedeutendem Hochwasserrisiko liegen. Ihr gemeinsames Ziel ist es, durch Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit die kommunale Hochwasservorsorge in Rheinland-Pfalz effizienter zu gestalten und den Gedanken der Solidarität zwischen Ober- und Unterliegern an Flüssen zu stärken.

In Abstimmung mit dem Innenmi-

nisterium und den kommunalen Spitzenverbänden werden in ganz Rheinland-Pfalz Hochwasserpartnerschaften der kommunalen Gebietskörperschaften in den jeweiligen Einzugsgebieten eingerichtet. Sie sind unter anderem als Foren für die Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen des Hochwasserrisikomanagements vorgesehen. Als Voraussetzung wurde im September 2009 eine Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Innenministerium abgeschlossen, auf deren Grund-

lage ein landesweites Informations- und Beratungszentrum zur Betreuung der Hochwasserpartnerschaften eingerichtet wurde. Es befindet sich bei der Hochwassernotgemeinschaft in der Geschäftsstelle des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz und unterstützt Kommunen bei der Gründung und laufenden Arbeiten von Hochwasserpartnerschaften. (uhk)

NOCH FRAGEN?

www.ibh.rlp.de